

Hessen ohne Strukturkommission ist wie ein Fisch ohne Fahrrad

"Diese Reform wird zwischen Bund und Ländern verhandelt. Daß Sie als Studierende die vorliegenden Papiere ablehnen, ist legitim, aber nicht von Belang."

(Anke Brunn, nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin)

Seit Mitte letzten Jahres wird auf verschiedenen politischen Ebenen verstärkt über eine 'Studienstrukturreform' diskutiert. Der Wissenschaftsrat, der Bundesbildungsminister, die Kultusminister- und die Hochschulrektorenkonferenz veröffentlichten verschiedene Thesenpapiere zur Hochschulentwicklung, die nicht nur von Studierenden mit Entsetzen zur Kenntnis genommen wurden. Zwangsmaßnahmen gegen angeblich zu lang Studierende wie zum Beispiel Strafgebühren, Zwangsexmatrikulation, verschärfte Prüfungsfristen oder studienzeitabhängige Promotionszulassung und BAföG-Teilrückzahlung sind in allen Papieren enthalten. Ein anderer Ansatz, der von allen oben genannten Institutionen mit unterschiedlicher Priorität verfolgt wird, ist die Trennung des Universitätsstudiums in ein grundständiges Diplom- oder Magisterstudium und in weiterführende Studien für den wissenschaftlichen Nachwuchs, wobei letztere den 'guten' oder schnellen Absolventinnen vorbehalten wären.

Der öffentliche und politische Druck setzt die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Evelies Mayer, in Zugzwang. Sie will die härtesten, angeblich zur Verkürzung der Studienzeit dienenden Zwangsmaßnahmen, wie sie von der bayerischen Landesregierung vehement vertreten werden, nicht mittragen. Es fällt ihr aber auch nichts wesentlich anderes ein, weil kein Geld da ist und weil es weder in ihrer Macht steht noch ihrem Interesse entspricht, die hierarchischen, die Hochschule 'verkrustenden' Strukturen anzukratzen. Stattdessen wählt sie aus dem Katalog der Reformpapiere Ziele, bei denen sie mit weniger Widerstand rechnet: Sanktionen 'mittlerer Intensität' gegen Lehrende und Lernende sollen eingeführt und die "Differenzierung" des Universitätsstudiums in ein Grund- und ein Aufbaustudium erreicht werden.

Nun sind die Sanktionen nicht so leicht durchzusetzen, und bei der Erklärung, wie die "Differenzierung des Studiums" gemeint sein soll, war das Ministerium (glücklicherweise) bisher nicht über leere Phrasen hinausgekommen. Unter anderem deshalb gründete die Ministerin die hessische Hochschulstrukturkommission und berief siebzehn außerhessische Wissenschaftlerinnen. Drei der Kommissionsmitglieder sind im Wissenschaftsrat, unter ihnen der Vorsitzende Gerhard Neuweiler, fünf sind oder waren Hochschulrektoren, und drei sind Mitglieder in einer Forschungsorganisation, eines davon im Ausschuß für die Graduiertenkollegs der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zehn Mitglieder von Organisationen, von denen die obigen Reformvorschläge stammen oder die die Interessen der Forschungsorganisationen vertreten, sitzen sieben 'einfachen' Hochschullehrerinnen gegenüber. Studierende oder wissenschaftliche Mitarbeiterinnen sind in der Kommission natürlich nicht vertreten.

Durch die Zusammensetzung der Kommission und durch die vom Ministerium vorgegebenen Prämissen ist der Rahmen längst vorgegeben, in dem sich das Ergebnis der Untersuchungen bewegen wird. Die Kommission soll nur dazu dienen, die Vorstellungen des Ministeriums durch Expertinnen zu bestätigen und eventuell Maßnahmen zur Umsetzung herauszufinden und zu formulieren.

Die erste Frage an die Kommission lautet auszugsweise: "1. Wie soll die Studienstruktur der hessischen Hochschulen gestaltet werden, um rund ein Drittel am jeweiligen Altersjahrgang angemessen unter Berücksichtigung der Bildungsnachfrage und des Qualifikationsbedarfs von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausbilden zu können. [...]" (c) Welche Instrumentarien - Anreize, ggf. auch Sanktionen - empfiehlt die Kommission den Universitäten und der Landesregierung, um die gebotene Differenzierung des Studienangebots unter Berücksichtigung der Anregungen des Wissenschaftsrates und des Entwicklungskonzeptes der Hochschulrektorenkonferenz zu erreichen? [...]" (Hervorhebungen von uns)

Hier werden Instrumentarien gefragt, um die bereits beschlossene "Differenzierung des Studiums" (in einen 'grundständigen' und einen weiterführenden Abschnitt) durchzusetzen, und nicht etwa, ob diese Differenzierung überhaupt erstrebenswert sei. Selbstverständlich sollen die Anregungen des Wissenschaftsrates und das Entwicklungskonzept der Hochschulrektorenkonferenz berücksichtigt werden, und nicht etwa die Vorstellungen von Studierenden. Denn die gehen nicht in die Richtung, die das Ministerium wünscht. Der Vorschlag, sogenannte Anreize oder Sanktionen als Instrumente zu benutzen, ist unverständlich im Zusammenhang mit der "Differenzierung des Studienangebots", da die dazu notwendigen Veränderungen von Studien- und Prüfungsordnungen sowie Rahmengesetzen nicht mit solchen Mitteln durchgesetzt werden müssen. Bisher sind 'Anreize' und Sanktionen als Maßnahmen gegen die vermeintliche Unwilligkeit

von Studierenden oder Professorinnen bekannt. Falls die diesbezüglichen Anregungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt werden, könnte das unter anderem heißen: die Zwischenprüfung muß spätestens nach dem vierten Semester begonnen sein, die BAföG-Höchstförderungsdauer wird gekürzt und die Zulassung zur Promotion wird mit der Studienzeit verknüpft...

Ihre Informationen bekommt die Kommission durch Kurzbesuche an den Hochschulen. Professorinnen sollen heute in viertelstündige Kurzreferaten von der Lage ausgewählter Fachbereiche berichten, ein ehemaliger Studierender soll einen Rückblick auf sein Studium vermitteln und das Konzept der Lernzentren soll vorgestellt werden. Am Nachmittag zieht sich die Kommission zur internen Diskussion hinter verschlossene Türen zurück. Danach werden die Strukturberaterinnen auseinandergesprochen und wieder als Vorsitzender des Wissenschaftsrats, als Universitätspräsidentin oder einfach nur als Professorin mit anderen Dingen beschäftigt sein. Ist ernsthaft anzunehmen, daß auch nur ein einziges Mitglied der Kommission wirklich die Zeit aufbringen kann, den gestellten Fragen gründlich nachzugehen? Was kann ein Teilzeit-Beraterinnengremium von außerhessischen Professorinnen und Hochschul-Funktionärinnen leisten außer für die in den Köpfen vorhandene Vorstellungen die hessischen Fakten zu finden?

Auch der Präsident der TH Darmstadt hat anscheinend längst den Glauben daran verloren, die die Hochschule 'selbstverwaltenden' Professorinnen könnten wenigstens die Probleme in den Griff bekommen, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch vor Ort lösbar sind. Er tritt die Entscheidungskompetenz der Hochschule an die Strukturkommission und damit an die Landesregierung ab, anstatt sie in den Gremien der Hochschule entscheiden zu lassen. Dies verdeutlicht die Art und Weise, in der die TH heute präsentiert wird, und die Form des an die Strukturkommission adressierten Berichts des Präsidenten 'Situation und Perspektiven der TH Darmstadt' vom 15. September 1992. Dieser Bericht besteht zu einem großen Teil aus offenen Fragen, deren Antworten nicht vom Wissenschaftsministerium, sondern von der Hochschule gesucht und gefunden werden müssen. Gibt es eine ehrlichere Bankrotterklärung für die absolute Mehrheit der Professorinnen in Ausschüssen, Fachbereichsräten und im Senat?

Auch wir erleben die Hochschule als reformunfähig. Eine wichtige Ursache dafür sind die von den Professorinnen dominierten Gremien, in denen Interessenkonflikte mit Studierenden und Mitarbeiterinnen nicht ausgetragen werden können. Außerdem halten Bund und Länder die Mittel knapp, angeblich um die Unis zu Reformen zu bewegen. Die Leidtragenden dieses Streits zwischen Bund, Ländern und Professorinnenschaft sind die Studierenden.

Anstatt weiter in die Autonomie der Hochschulen einzugreifen, muß die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die es den Hochschulen ermöglichen, sich selbst - nach ihren eigenen Kriterien - zu reformieren:

- Die Hochschulen müssen durch ausreichende Mittel für Personal, Ausstattung und den Hochschulausbau Spielraum für Reformen erhalten.
- Die Hochschulen müssen demokratisiert werden. Schon eine Drittelparität (anstatt repräsentativer Beteiligung) könnte die Basis hochschulpolitischer Entscheidungen von der Pfründesicherung zur inhaltlichen Diskussion verlagern.
- Staatliche Reglementierungen (Rahmenprüfungsordnungen, Hochschulrahmengesetz) müssen abgeschafft werden. Die freie Gestaltbarkeit eines Studiengangs ist uns wichtiger als die ohnehin nicht erreichbare Vergleichbarkeit von Studiengängen und -abschlüssen.
- Die Studierenden müssen überhaupt in die Lage versetzt werden, Zeit, Energie und Muße für ein Studium aufzubringen, zum Beispiel durch ausreichendes BAföG, durch genügend Wohnraum und durch einen Tarifvertrag für studentische 'Hilfs'kräfte.

Wir wollen keine Strukturkommission, die beauftragt ist, die grundlegenden Probleme zu ignorieren und mit einem Fragenkatalog zu arbeiten, der die Thesen des Wissenschaftsrats impliziert.

Wir wollen überhaupt keine Strukturkommission.

Wir wehren uns gegen inhaltliche und strukturelle Reformen, die uns von 'oben' aufgedrückt werden. Wir wollen eine Autonomie der Hochschulen ohne Professorinnenmehrheit. Wir wollen nicht befragt und analysiert werden, wir wollen mit bestimmen.